



Presseschau vom 04.07.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainischen Beschuss und dessen Folgen:

„Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde je ein Haus in **Gorlowka** in der Otbojnaja-Straße 3 sowie in **Sajzewo** in der Poletajewa-Straße 122 beschädigt“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 23-mal das Regime der Feueinstellung verletzt“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Nach den Worten des Vertreters des Kommandos wurden **elf Ortschaften** der Republik mit Mörsern, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Bei einem Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen wurde eine Wohnung in einem Wohnhaus in der Gogol-Straße 22 in **Jasinowataja** beschädigt.

de.sputniknews.com: Ukraine: Parlament fordert Gastspiel-Verbot für ukrainische Künstler in Russland.

Der Obersten Rada (ukrainisches Parlament) liegt ein Gesetzentwurf vor, laut dem Gastspiele von ukrainischen Sängern und Schauspielern in Russland und von russischen Künstlern in der Ukraine verboten werden sollen. Das entsprechende Dokument wurde auf der Webseite des ukrainischen Parlaments veröffentlicht.

Der Gesetzentwurf wurde von Vertretern der nationalistischen Partei „Swoboda“ (zu Deutsch: „Freiheit“) eingebracht. Der Erläuterungsnotiz zufolge ist dieses Verbot notwendig, um die

Informationssicherheit und territoriale Integrität der Ukraine zu gewährleisten. Wer zuwiderhandelt, soll laut der Novelle zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Zuvor hatten die Medien mitgeteilt, ukrainische Reisebüros würden jetzt Reisen für Ukrainer nach Russland anbieten, die Konzerte von russischen Künstlern besuchen wollen, denen die Einreise in die Ukraine verboten ist. Meistgefragt seien DJ-Festivals und Rockkonzerte.

Dan-news.info: „In den ersten sechs Monaten des Jahres 2017 wurden vom Sozialversicherungsfonds für Fälle zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit im Zusammenhang mit Mutterschaftsurlaub Unterstützungszahlungen in Höhe von mehr als 261 Mio. Rubel gezahlt“, teilte der Pressedienst des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR mit. „Vom Sozialversicherungsfonds für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten wurden im gleichen Zeitraum Versicherungszahlungen in einer Gesamtsumme von 736,4 Mio. Rubel ausgezahlt“. Beide Fonds wurden am 9. Dezember 2014 eingerichtet. Der erste zahlt Unterstützung bei zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit (einschließlich des Urlaubs bei Erkrankung eines Kindes oder eines Familienmitglieds), bei Schwangerschaft und Geburt, sowie bei Todesfällen. Der zweite wurde gegründet, um das verfassungsmäßige Recht der Bürger auf Sozialversicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, die zur Arbeitsunfähigkeit führen, zu gewährleisten.

de.sputniknews.com: „Chemie-Show“ gegen Damaskus nimmt Fahrt auf – Sacharowa Russlands Außenamtssprecherin Maria Sacharowa teilte via Facebook mit, dass die propagandistische Informationskampagne gegen die syrische Regierung an Fahrt gewinne. Damit kommentierte sie die Berichte der Freien Syrischen Armee über den angeblichen Chemiewaffen-Einsatz durch Regierungstruppen in Ost-Ghouta.

„Die ‚Chemie-Show‘ gewinnt an Fahrt. Ein Stück Papier, das ganz in der Tradition der westlichen Pressedienste gestaltet ist, fixiert den Beginn der ‚Chemieattacke‘ und verurteilt sie“, schrieb Sacharowa auf Facebook.

Sie machte außerdem auf das „perfekte Englisch“ der Mitteilung aufmerksam, „in dem die Resolutionen des Sicherheitsrates und andere internationale Dokumente verfasst werden“.

„Das ist weder Alltags- noch Literaturenglisch. Das ist die Sprache der internationalen juristischen Kommunikation. Man wird den westlichen Kollegen diese Formulierungen dann als Arbeitsvorlagen vorschlagen. Zum Beispiel für die Resolution des UN-Sicherheitsrates, die die Chemieattacken des Regimes gegen die Zivilbevölkerung verurteilt“, zitiert der TV-Sender RT die Facebook-Seite von Sacharowa.

Sie meint, das sei nur ein „Präludium“.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31643/51/316435106.jpg>

Dan-news.info: „Seit Anfang 2017 wurden von der ‚Volkskontrolle‘ 3859 Kontrollen bei Handelsobjekten durchgeführt. Dabei wurden 3472 Verstöße festgestellt, von denen 1799

inzwischen beseitigt sind, die übrigen betroffenen Objekte wurden unter Kontrolle genommen“, teilte der Pressedienst des Projekts „Volkskontrolle“ mit.

Zu den am meisten verbreiteten Verstößen gehören der Verkauf von Waren mit abgelaufener Mindesthaltbarkeitsdauer, unrichtige Funktion von Waagen, das Fehlen von Gesundheitszeugnissen bei den Verkäufern, Verstöße gegen Lagerregeln.

„Im Vergleich zum Jahr 2016 gibt es zwar in den Regalen immer noch abgelaufene Lebensmittel, aber es sind erheblich weniger geworden. Die Unternehmer haben begonnen, sich stärker an die Empfehlungen der Volkskontrolleure zu halten, und beseitigen Verstöße in kürzester Frist“, unterstrich der Pressedienst.

de.sputniknews.com: Was gegen den Mythos über die „russische Gefahr“ tun? – Außenpolitiker weiß es.

Der Chef des Auswärtigen Ausschusses des russischen Oberhauses, Konstantin Kossatschow, sieht die Erörterung der Hintergründe der Politik des Westens als einzigen Ausweg bei der Bekämpfung des Propaganda-Mythos über eine „russische Bedrohung“. Diese Empfehlung brachte er in einem Gastbeitrag für die Zeitung „Iswestija“ zum Ausdruck.

Der Informationskrieg, den der Westen heutzutage gegen Russland führe, bestehe vor allem aus verzerrten Angaben über die Absichten Russlands, schreibt Kossatschow. Auf diese Weise werde ein Mythos gebildet, in dem Russland als Aggressor dargestellt wird.

Dieser Mythos hätte zuvor den ganz schnellen Beitritt der baltischen Staaten zur Nato und zur EU ermöglicht. Die drei ehemaligen Sowjetrepubliken hätten mehrere Balkanländer in dieser Frage überholen können. In der Ukraine habe der Mythos sogar eine „staatsorganisierende Rolle“ gespielt.

Die Sanktionspolitik der westlichen Länder, die Äußerungen des Weißen Hauses über chemische Waffen in Damaskus - all das schaffe eine „umgestülpte“ Wirklichkeit, in der Russland als Bedrohung erscheint, beispielsweise für die Demokratie.

„Dank diesen, ihrem Geist nach rein Orwellschen, Äußerungen und Dokumenten leben wir heute in irgendeiner umgestülpten Realität, wo eine totale Informationshetze als Kampf gegen Propaganda bezeichnet wird, wo der Ausbau der militärischen Stärke des ohnehin stärksten Militärbündnisses als Antwort auf Aggression und die Sanktionen als Reaktion bezeichnet werden“, so Kossatschow.

Die einzig mögliche Methode dagegen anzukämpfen, sei es, auf Äußerungen über den „Angriff auf Werte und Freiheit“ mit Erörterungen der wahren Motive und Ziele der westlichen Außenpolitik zu reagieren.

„Den demagogischen Äußerungen über einen „Angriff auf Werte und Freiheit“ muss die Wahrheit über die tatsächlichen geopolitischen Hintergründe der Aktivitäten des Westens entgegengesetzt werden. Diese Aufgabe ist schwierig, aber erfüllbar“, betonte der Außenpolitiker.

Lug-info.com: „Spezialdienste der Ukraine haben einen weiteren Terrorakt auf dem Territorium der LVR geplant. Objekt ihres Interesses sind wieder Vertreter der OSZE-Mission“, erklärte heute der Staatssicherheitsminister der LVR Leonid Pasetschnik.

„Nach unseren Informationen war in Lugansk eine Diversions- und Erkundungsgruppe der ukrainischen Streitkräfte mit mindestens zwei Personen aktiv, zu deren Aufgabe unmittelbar die Liquidierung internationaler Beobachter gehörte“, berichtete der Minister.

„Die ukrainische Diversions- und Erkundungsgruppe erkundete die Strecken der internationalen Beobachter. Auf einer von ihnen wurde von Mitarbeitern der Staatssicherheit eine Mine entdeckt“, teilte Pasetschnik mit.

„Zuvor wurden bereits Sprengeinrichtungen, die vermutlich von derselben Diversionsgruppe installiert wurden, von Vertretern der Volksmiliz der LVR entdeckt und entschärft“, merkte er an.

Der Minister berichtete weiter, dass am 20. Juni von Mitgliedern einer operativen Ermittlungsgruppe des MfS in einem Waldstück an der Ausfahrt aus dem Kamennobrodskij-Bezirk von Lugansk ein leichtes Fahrzeug entdeckt wurde, das im Oblast Winniza registriert ist.

„Während der Untersuchung des Fahrzeugs wurden spezielle Erkennungszeichen der ukrainischen Armee sowie eine defekte Videokamera entdeckt und beschlagnahmt. Spezialisten des MfS gelang es die Daten wiederherzustellen. Die Materialien, die wir aus der Videokamera erhalten haben, zeugen von der Vorbereitung eines Anschlags auf Vertreter der OSZE-Mission“, teilte Pasetschnik mit.

„Vermutlich war einer der Mitglieder der Gruppe, wie auf den Videoaufzeichnungen festgestellt wurde, an der Sprengung eines Fahrzeugs der Beobachter am 23. April 2017 in Prischib im Slawjanoserbskij-Bezirk der LVR beteiligt“, sagte er.

„Ich will daran erinnern, dass von der Ermittlungsabteilung der MfS ein Strafverfahren bezüglich der Sprengung des Fahrzeugs der OSZE-Mission aufgenommen wurde und Ermittlungen laufen. An die Führung der OSZE-Mission wurden mehrfach Anfragen gestellt, dass Informationen, die eine Bedeutung für die vorläufige Ermittlung haben, zur Verfügung gestellt werden, und es wurden auch darum gebeten, dass Zeugen angehört werden können. Aber bis heute hat es auf diese Anfragen keinerlei Antwort gegeben, was es erheblich erschwert, in der Sache objektiv zu ermitteln“, fügte der Minister hinzu.

„Ich wende mich ein weiteres Mal an die internationalen Vertreter, die auf dem Territorium der Republik aktiv sind. Zu Ihrer eigenen Sicherheit empfehle ich, mit den militärischen Strukturen der LVR ihre Fahrstrecken abzustimmen. Die letzten Ereignisse zeugen davon, dass Spezialdienste der Ukraine zu jeder Art von Provokationen, die auf die Destabilisierung der Situation in der Republik gerichtet sind, bereit sind, um so zu erreichen, dass eine bewaffnete Beobachtermission der OSZE eingerichtet wird“, sagte Pasetschnik.

de.sputniknews.com: Mindestens neun Zivilisten sind bei einem Angriff der US-geführten Militärkoalition auf die Ortschaft Kishik Zyyanat in der nordsyrischen Provinz Hasakah getötet worden, meldet die syrische amtliche Nachrichtenagentur Sana am Dienstag.

„Flugzeuge der so genannten Koalition griffen unter dem Vorwand des Kampfes gegen den IS die Ortschaft Kishik Zyyanat, 15 Kilometer südlich der Stadt al-Shadadi, an“, meldet Sana.

„Neun Zivilisten wurden dabei getötet.“ Wann der Angriff stattfand, verriet Sana nicht.

In der vergangenen Woche hatte die US-Koalition nach Angaben der Agentur die syrische Stadt al-Mayadeen und die Ortschaft Dablan angegriffen und nach den jüngsten Angaben bis zu 90 Zivilisten, darunter Frauen und Kinder getötet.

Am 9. Juni soll die US-Koalition laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) im Raum Rakka international verbotene Phosphormunition eingesetzt und 17 Einwohner getötet haben.

de.sputniknews.com: Bemühungen um Feuereinstellung: Syrien-Gespräche beginnen in Astana.

Die 5. Runde der Syrien-Verhandlungen beginnt am Dienstag in der kasachischen Hauptstadt Astana.

Das Hauptergebnis der bisherigen vier Runden war die Abstimmung eines Dokuments über die gemeinsame operative Monitoring-Gruppe für die Einstellung der Kampfhandlungen und die Unterzeichnung eines Memorandums über die Bildung von Schutzzonen in Syrien durch die Garant-Staaten Russland, die Türkei und den Iran.

Ihre Teilnahme an der 5. Verhandlungsrunde bestätigten Jordanien, das offizielle Damaskus und der Syrien-Beauftragte der Uno, Staffan de Mistura. Die USA werden durch Stewart Johnes, amtierender Nahost-Berater des US-Außenamtschefs vertreten sein.

Die Teilnahme einer Delegation der bewaffneten Opposition Syriens bleibt bis zum letzten

Augenblick offen. Mittlerweile wurde bekanntgegeben, dass Mohammed Alloush, der die Delegation der bewaffneten Opposition bei der 4. Runde geleitet hatte, nicht an der 5. Runde teilnehmen wird.

Wie das Außenministerium Kasachstans mitteilte, werden in der 5. Verhandlungsrunde unter anderem die Grenzen der Schutzzonen, die für das Funktionieren der Schutzzonen erforderlichen Dokumente sowie die Bildung einer Arbeitsgruppe für den Gefangenenaustausch erörtert. Nach den Worten des russischen Verteidigungsministers Sergej Schoigu soll außerdem „die Bildung eines Syrischen Komitees für nationale Aussöhnung“ behandelt werden. Er erwartet, dass die Verhandlungen „zu einer substantiellen Verringerung der militärischen Aktivitäten in Syrien“ beitragen werden.

Indessen soll am 10. Juli die 7. Runde der Syrien-Verhandlungen in Genf beginnen, die unter der Uno-Ägide stattfinden. Wie die Teilnehmer der Verhandlungen in Astana betonen, bilden ihre Bemühungen keine Alternative zu den Treffen in Genf. Sie sehen ihre Aufgabe in der Durchsetzung von Zielen im militärischen Bereich, in erster Linie hinsichtlich der Feueereinstellung, während die Verhandlungen in Genf in erster Linie für die Regelung politischer Fragen bestimmt seien.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31643/65/316436546.jpg>

Lug-info.com: Eine 1939 geborene Einwohnerin von Perwomajsk wurde verletzt, als sie auf eine Mine geriet, die von Kiewer Soldaten im Gebiet des zu Perwomajsk gehörenden Solotoje-5 gelegt wurde. Dies teilte die Stadtverwaltung von Perwomajsk mit. Die Verletzte befindet sich im Krankenhaus.

Lug-info.com: Mehr als 40% der Rentner der Republik werden ab 1. Juli eine Rente von mindestens 2500 Rubel erhalten. Dies teilte heute die stellvertretende Leiterin des Rentenfonds der LVR Natalja Jelnikowa mit.

„Wir haben ab Juli eine Neuberechnung der Renten vorgenommen und die Mehrheit der Bürger wird mindestens 2500 Rubel erhalten“, teilte sie mit.

„170.000 Personen erhalten die Renten im neuen Umfang. Die Gesamtzahl der Rentner beträgt am 1. Juli 441.000. Um genau zu sein, werden 43% jetzt höhere Renten als zuvor erhalten“, erläuterte Jelnikowa.

Wir erinnern daran, dass der Ministerrat der LVR einen Erlass beschlossen hat, gemäß dem die Renten aller Rentner, die bisher weniger als 2500 Rubel erhalten, auf 2500 Rubel angehoben werden.

de.sputniknews.com: Trump macht Gas zu politischem Instrument gegen Russland.

Bei dem bevorstehenden Treffen mit den Chefs der europäischen Länder in Warschau hat US-

Präsident Donald Trump vor, für eine Erhöhung der Lieferungen von amerikanischem Erdgas nach Europa zu plädieren. Dies meldet Reuters unter Verweis auf das Weiße Haus.

Demnach beabsichtigt Trump, für US-Unternehmen Bedingungen zur Lieferung von Flüssigerdgas nach Zentral- und Osteuropa zu erleichtern. Die US-Republikaner, von denen viele eine härtere Position gegen Russland einnehmen wollen, unterstützen die Initiative, den Gasexport als politisches Instrument zu nutzen, hieß es.

Die Erhöhung des US-Gasexports werde Russlands Möglichkeiten in der Region verringern, sagte der ehemalige Oberkommandierende des strategischen Nato-Kommandos Europa, James Jones.

„Die Vereinigten Staaten können sich als wohltätiges Land zeigen, indem sie Energie exportieren und damit Ländern helfen, die über keine eigenen ausreichenden Ressourcen verfügen, um selbständiger und weniger abhängig und bedroht zu werden“, so Jones.

Dem Bericht zufolge wird erwartet, dass die Vereinigten Staaten bereits im Jahr 2020 das drittgrößte Exportvolumen an Flüssigerdgas weltweit haben werden.

Der Weg zu Realisierung dieser Vorhaben sei aber nicht einfach. Denn Russland habe schließlich eine Reihe von Vorteilen auf dem europäischen Markt, hieß es. Das seien die geographische Lage – sprich die Nähe zu den Kunden in Europa – und die Pipelines.

In Europa erwarte man, dass Trump Washingtons Position bezüglich Nord Stream 2 klärt.

Zuvor war berichtet worden, dass der US-Senat im Juni in neue Sanktionen gegen Russland eingewilligt hat. Demnach könnten europäischen Unternehmen seitens den USA Strafen für die Teilnahme an gemeinsamen Projekten mit Russland drohen, hieß es. Deutschland reagierte darauf negativ.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30252/94/302529442.jpg>

Nachmittags:

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das **Regime der Feueinstellung 23-mal verletzt**.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **elf Ortschaften** fünf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 36 des Kalibers 82mm abgefeuert.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden in Gorlowka in der Otbojnaja-Straße 3 das Dach und die Fensterscheiben beschädigt.

Um den Schaden für Bürger der Republik in Folge des Beschusses von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte zu bewerten, arbeiten am Ort der Zerstörung Vertreter einer Sonderkommission. Deren Materialien werden den Strafverfahren gegen das Kommando und Soldaten der ukrainischen militärischen Strukturen hinzugefügt.

Unsere Aufklärung stellt weiter eine Konzentration von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen entlang der Kontaktlinie fest. So in den Gebieten folgender Ortschaften:

- Suchaja Balka, 13 km von der Kontaktlinie, es wurde die Lieferung von Munition (Kaliber 122mm, 125mm und 152mm) zur Versorgung von Einheiten der 128. Brigade registriert;
- Jasnobrodowka, 14 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von fünf Panzern beobachtet;

- Shelannoje-Perwoje, 14 km von der Kontaktlinie, es wurde eine Haubitzenbatterie „Giazint-B“ der 55. Brigade entdeckt.

Alle Informationen über Verlagerung von verbotener Technik der ukrainischen Streitkräfte wurden an die Vertreter der OSZE-Mission übergeben.

Heute wurde dank der Wachsamkeit unserer Bürger in Donezk ein Terrorakt ukrainischer Spezialdienste verhindert. Genauer, um 9 Uhr morgens wurde von örtlichen Einwohnern in der Schtschorse-Straße in einem Wohngebiet in der Nähe des lebensmittelwissenschaftlichen Colleges eine Sprengeinrichtung mit Fernzündung entdeckt. Inzwischen konnte die Sprengleinrichtung entschärft werden. Vermutlich sollte sie morgens losgehen, zu einer Zeit, in der die Einwohner zur Arbeit oder in Geschäfte gehen, Kinder in den Kindergarten bringen, Studenten zum Unterricht gehen.

Es ist wichtig anzumerken, dass der genannte Terrorakt von den ukrainischen Spezialdiensten am Vortag der Minsker Verhandlungen und im Vorfeld des G20-Gipfels geplant wurde.

Nach Informationen unserer Aufklärung ist dies nicht der einzige Terrorakt, der von ukrainischen Spezialdiensten im Vorfeld des G20-Gipfels geplant ist. Wir haben die Bestätigung, dass von den der Regierung der Ukraine eine Anweisung zur Durchführung von blutigen Provokationen im Zeitraum bis zum 9. Juli gegeben wurde, unter anderem auf von den ukrainischen Streitkräften kontrolliertem Territorium, die das Ziel haben die Führung der DVR zu diskreditieren.

Dies alles bestätigt ein weiteres Mal den terroristischen Charakter der Aktivitäten der ukrainischen Truppen im Donbass. Ich bitte die Weltgemeinschaft darum, ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten.

Nach Angaben unserer Aufklärung werden auf Anweisung der Leitung des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte an das Personal der Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte, die aus der „ATO“-Zone abgezogen werden, anstelle von Kampfpatronen nur Platzpatronen ausgegeben. Insbesondere bringen die Soldaten des 1039. Abwehrraketensregiments, die vor kurzem aus der Kampfzone nach Genitschesk, Oblast Cherson, abgezogen wurden, ihre Unzufriedenheit damit zum Ausdruck, dass sie mit Platzpatronen militärische Dienste zur Bewachung und Verteidigung von Abwehrraketenskomplexen leisten müssen.

Diese Entscheidung des obersten militärischen Kommandos der ukrainischen Streitkräfte wurde im Zusammenhang mit folgenden Gründen getroffen:

- erstens, wegen des großen Defizits an Patronen in der „ATO“-Zone;
- zweitens, wegen der Vergrößerung der Zahl der Verbrechen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung;
- drittens, um Versuche eines Militärputsches in der Ukraine unter Beteiligung ukrainischer Soldaten zu unterbinden.

Dabei ist anzumerken, dass sich in denselben Städten in der Nähe der Truppenteile Einheiten der Nationalgarde, die nur mit Kampfpatronen ausgerüstet sind, in ständiger Bereitschaft befinden, um jede Protestaktivität zu unterdrücken.

Ein weiteres Mal erwähne ich Fälle von nicht ordnungsgemäßem gegenseitigen Verhalten und Quälereien unter den Soldaten der 53. Brigade, was zu Selbstmord führt. So hat ein Soldat einer Feuerkompanie am 3. Juli im Gebiet von Nowoluganskoje Selbstmord begangen, weil er die Quälereien und das vollkommen gleichgültige Verhalten von Seiten des Kommandos nicht ertragen hat.

de.sputniknews.com: US-Kongress bremst abrupt Verschärfung von Russland-Sanktionen – Warum?

Die Verabschiedung eines Gesetzentwurfs des US-Senats zur Erweiterung der Russland-Sanktionen verzögert sich und könnte überhaupt nicht zustande kommen, schreibt die Zeitung „The Wall Street Journal“ am Montag.

Das Weiße Haus schließt ein Veto nicht aus, ein Teil der Republikaner warnt vor der Verschärfung der Sanktionen wegen des Schadens, den dieser Schritt den US-Unternehmen zufügen kann, berichtet die Zeitung „Wedomosti“ am Dienstag.

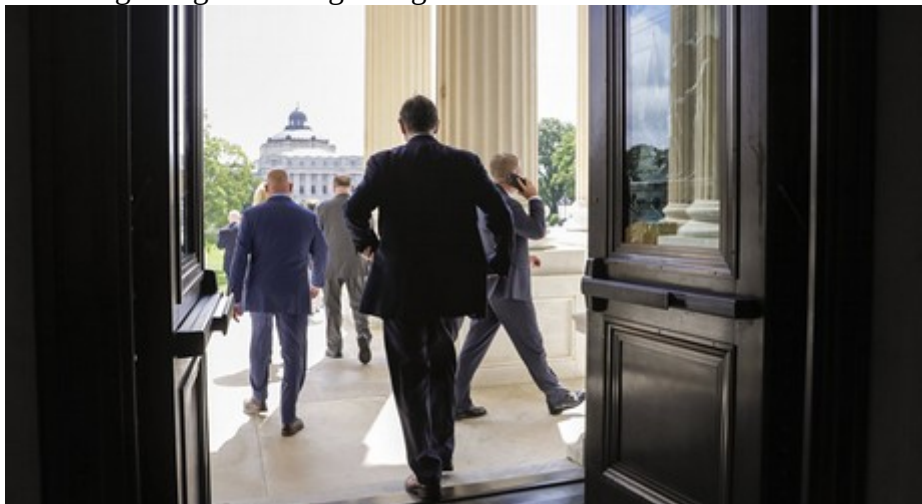
Der US-Senat billigte am 14. Juni mit überwiegender Mehrheit der Stimmen den Gesetzentwurf zur Erweiterung der Russland-Sanktionen wegen Moskaus angeblicher Cyber-Einmischung in die US-Wahlen und dem Vorgehen in Syrien und in der Ukraine.

US-Präsident Donald Trump kann im Falle der Verabschiedung dieser Änderungen die zuvor getroffenen Maßnahmen ohne Billigung des Kongresses nicht abschwächen bzw. aufheben.

Kurz vor der Amtseinführung sagte Trump im Januar, dass er die Aufhebung der antirussischen Sanktionen nicht ausschließt, falls dies beim Antiterrorkampf helfen würde.

„Für Trump ist der Gesetzentwurf ein wahres Dilemma, weil im Falle seiner Verabschiedung die Möglichkeiten des Präsidenten untergraben werden, einen eigenen diplomatischen Kurs zu verfolgen. Falls Trump ihn torpediert, wird er sofort wegen seiner Herangehensweise gegenüber Russland kritisiert“, schreibt das „Wall Street Journal“.

Der Senat ist bis zur kommenden Woche in den Ferien. Der Termin für die Behandlung des Gesetzentwurfs wurde noch nicht festgelegt. Die Befürworter der Novelle befürchten, dass diese Verzögerung den Opponenten die Möglichkeit bietet, diese abzuschwächen. Ende dieser Woche findet das erste Treffen der Präsidenten der USA und Russlands am Rande des G20-Gipfels in Hamburg statt. Die Verabschiedung des Gesetzentwurfs vor dem Treffen hätte einen ungünstigen Hintergrund geschaffen...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31643/87/316438788.jpg>

de.sputniknews.com: Verfassungsschutzbericht: noch keine Beweise für Einmischung Russlands in Wahlkampf.

Es gibt keine sicheren Beweise, dass Russland hinter den jüngsten Cyber-Angriffen steht oder einen bestimmten Kandidaten bei der Bundestagswahl 2017 unterstützen wird. Darüber sprach der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, am Dienstag bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2016 in Berlin. ...

Laut Maaßen gibt es keine Hinweise darauf, dass Russland oder ein anderer Staat einen bestimmten Kandidaten bei der Bundestagswahl unterstützen würde.

Zugleich steht im Verfassungsschutzbericht 2016, dass das BfV befürchte, dass die russischen Geheimdienste versuchen können, die Bundestagswahl 2017 zu beeinflussen.

„Insbesondere mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl 2017 ist davon auszugehen,

dass staatliche russische Stellen zudem versuchen, verstärkt Einfluss auf Parteien, Politiker und die öffentliche Meinung zu nehmen. Dieses Thema wird weiterhin einen Arbeitsschwerpunkt des BfV bilden“, heißt es im Dokument. Es wurde aber nicht präzisiert, worauf diese Schlussfolgerungen basieren.

Bundesinnenminister Thomas de Maiziere, der auch der Vorstellung des Berichtes beiwohnte, schloss den Versuch einer Einflussnahme Russlands auf die Bundestagswahl nicht aus.

„Es hat solche Versuche bei den Wahlen in den USA und in Frankreich gegeben. Es spricht alles dafür, dass das aus Russland stammt. Von daher ist nicht auszuschließen (...), dass es entsprechende Versuche auch im Blick auf die Wahlen in Deutschland gibt“, so de Maiziere. Russland hatte die Vorwürfe, die Wahlen in verschiedenen Ländern beeinflusst zu haben, mehrmals zurückgewiesen. Kremlsprecher Dmitrij Peskow hatte diese Vorwürfe als „absolut unbegründet“ bezeichnet.

Av-zakharchenko.su: Heute hat das Oberhaupt der DVR die Donbasser Nationalakademie für Bauwesen und Architektur besucht, wo ihm ein neu entwickelter Straßenbelag mit erhöhter Haltbarkeit und Projekte für eine alternative Wasserversorgung der Republik vorgestellt wurden.

Es werden nicht weiter Gelder in Asphalt fließen

Spezialisten der Nationalakademie machten das Staatsoberhaupt mit einem selbst entwickelten gegossenen Asphaltpolymerschwefelbetonbelag bekannt. Mit einfachen Worten – es ist ein Ersatz für den allen bekannten Asphalt. Während bei traditionellen Belägen Bitumen die Grundlage ist, so schlagen die Donezker Spezialisten vor eine Schwefelverbindung zu verwenden. Dies vereinfacht nicht nur die Produktion des Materials, sondern verbilligt es auch erheblich. Ähnliche Beläge werden in den Ländern Europas und in der RF verwendet. Sie haben ihre Effektivität und lange Haltbarkeit schon bewiesen. Und solche Beläge zu verarbeiten ist einfacher: es kann sogar bei Temperaturen von -20 Grad bei einer Luftfeuchtigkeit bis zu 80% gearbeitet werden ohne Asphaltiermaschinen zu verwenden. Nach dem Ausbringen ist das Material absolut wasser- und frostfest und korrodiert sehr langsam.

Die Wissenschaftler vor Ort haben die Formel für das Material schon vor längerer Zeit ausgearbeitet und in den letzten Jahren seine Eigenschaften vervollkommen. Aber die Behörden der Ukraine hatten keine Eile, das Material, das um ein vielfaches langlebiger ist als Asphalt, zu verwenden. Während ein Standardstraßenbelag alle 8 bis 12 Jahre repariert werden muss, so müssen Straßen mit dem o.g. Belag erst nach 35 Jahren erneuert werden. Die technische Alterung des Materials ist 10-mal geringer als bei Asphalt.

Das Republikoberhaupt billigte das Projekt der Wissenschaftler vollständig.

„Es ist effektiver das Material in den eigenen Asphaltfabriken zu produzieren, sie umzustellen, als es aus der RF zu importieren. Deshalb ist es besser, am Anfang zu investieren und dann einige Jahre zu sparen als jährlich für die Straßen zu bezahlen und Haushaltsmittel auszugeben“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Bereits vor Ort wurde über Fabriken gesprochen, die für die Produktion herangezogen werden können.

Die Kosten zu Beginn sind hoch, aber dann werden die Kosten für Reparatur und Straßenbau mit dem neuen Material um ein Vielfaches geringer sein. Dabei kann die gesamte Technik für das Ausbringen sowohl des neuen Belags als auch von Asphalt verwendet werden.

Unterirdisches Wasser verwenden

Das zweite Projekt, das dem Staatsoberhaupt vorgestellt wurde, betrifft die Wasserversorgung. Wissenschaftler der Akademie haben einige alternative Wasserquellen zum Kanal „Sewerskij Donez“ und Methoden zur Verringerung der Verluste, die heute bis zu 70% ausmachen, vorgestellt.

Die Autoren des Projekts berichteten, dass derzeit die wichtigste Wasserquelle das

Grubenwasser ist. Davon gibt es in der DVR ausreichend, aber seine Reinigung von Schwermetall und anderen Beimengungen ist sehr teuer. Effektiver ist es, unterirdisches Wasser zu verwenden. Die Einrichtungen für seine Reinigung können vor Ort hergestellt werden. Auf dem Markt kostet eine solche Gerätschaft 1,2 Mio. Rubel, eine eigene Produktion wäre um einiges günstiger.

Die dritte Variante ist die Nutzung von Regen- und Tauwasser. Nach den Worten der Spezialisten ist eine solche Praxis weltweit verbreitet, aber im postsowjetischen Raum wird sie ungerechtfertigt unterschätzt. Außerdem gibt es in der Republik ausreichend natürliche Reservoirs, um solches Wasser zu sammeln.

Die Wissenschaftler der Donbasser Akademie schlugen auch einige Varianten zur Verringerung von nicht abgerechnetem Wasser, also von direkten Wasserverlusten vor. Grundlage hierfür ist die Entdeckung und Beseitigung von ungesetzlichen Abzweigungen im Wasserleitungssystem.

„Alle Arbeiten gefallen mir sehr gut. Die Ideen zur Wasserversorgung sind äußerst wichtig. Wir werden auf jeden Fall an allen arbeiten. Wasser und Straßen sind äußerst brennende Themen. Wasser, weil wir unter einer Blockade leben und das Kanalnetz nicht unter unserer Kontrolle ist. In der LVR haben die ukrainischen Behörden schon zweimal das Wasser vollständig abgestellt. Um einen Reserveplan für einen solchen Fall zu haben, hat die Arbeit heute schon begonnen. Für den Fall, dass wir von der Wasserversorgung abgeschnitten werden, werden wir alternative Wasserquellen haben. Und Straßen sind überhaupt ein ewiges Problem, aber es sollte so schnell wie möglich gelöst werden“, sagte der Oberhaupt der DVR.

de.sputniknews.com: „Mit Bandera kommt Ukraine nicht nach Europa“ – Polen gegen ukrainische Nationalisten

Ein polnisches Veto gegen einen möglichen EU-Beitritt der Ukraine, falls Kiew nicht auf den Kult um den radikalen nationalistischen Politiker Stepan Bandera verzichtet, hat der polnische Außenminister Witold Waszczykowski in einem Gespräch mit dem Nachrichtenportal wPolityce in Aussicht gestellt.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit sehe „nicht gut“ aus, aber „am schlechtesten ist es natürlich bei geschichtlichen Fragen“.

„Unsere Botschaft ist sehr klar: Mit Bandera kommt ihr nicht nach Europa“, so Waszczykowski.

Der Minister rief dazu auf, „die Fehler der 90er Jahre nicht zu wiederholen“, als „einige Fragen in den Beziehungen mit Deutschland und Litauen nicht gelöst worden waren“.

„Ich meine den Status der polnischen Minderheiten in diesen Ländern. Wir haben aus diesen Erfahrungen gelernt und werden von der Ukraine ausdrücklich fordern, alle diese Fragen zu lösen, bevor Kiew vor Europas Pforten mit der Bitte um Mitgliedschaft steht“.

Wie Waszczykowski sagte, sieht er keinen großen Willen der ukrainischen Führung, dringende Probleme des Landes zu lösen.

„Viel von diesem Willen ist es nicht zu sehen. Das überlappt den naiven Glauben der Ukrainer, dass die Europäer, Deutsche und Franzosen für sie den Konflikt mit Russland gewinnen werden“, sagte der Minister.

Bandera (1909-1959) hatte an der Wiege der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) gestanden. Am 14. Oktober 1942 wurde die „Ukrainische Aufstandsarmee“ (UPA) auf Beschluss der OUN als deren militärischer Arm ins Leben gerufen. Die beiden Nationalistenorganisationen haben im Zweiten Weltkrieg in der Westukraine zuerst gegen die Wehrmacht und dann gegen die Sowjetarmee und andere Staaten der Anti-Hitler-Koalition gekämpft.

Im Sommer 1943 richteten die Nationalisten ein Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung an (Massaker von Wolhynien). Selbst ukrainische Historiker gestehen heute die Zahl der polnischen Opfer ein: Bis Ende 1943 wurden 50.000 bis 60.000 Männer, Frauen

und Kinder auf unvorstellbar grausame Weise umgebracht. Nach ukrainischer Zählung wurden 500, nach polnischen Schätzungen mehr als 1.150 polnische Dörfer zerstört. Sie verschwanden für immer von der Landkarte. Historiker schätzen die Gesamtzahl der Opfer auf 36.000 bis 100.000 ein.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31400/65/314006570.jpg>

de.sputniknews.com: Donbass: Milizen wollen neuen Anschlag auf OSZE vereitelt haben. Die Behörden der von Kiew abtrünnigen „Volksrepublik Lugansk“ haben nach eigenen Angaben einen neuen Anschlag ukrainischer Sonderkommandos auf Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vereitelt. Dies teilte Leonid Passetschnik, Staatssicherheitsminister der selbsterklärten Volksrepublik, am Dienstag mit. Nach seinen Angaben waren zwei Mitarbeiter eines ukrainischen Geheimdienstes nach Lugansk gekommen, um „internationale Beobachter zu liquidieren“. Hinweise darauf seien auf einer Autokamera entdeckt worden, die zusammen mit einem Fahrzeug in einem Wald versteckt gewesen sei. Laut dem Kennzeichen stammt das Auto der Marke Lada VAZ 2101 aus der westukrainischen Region Winnyzja. Einer der beiden mutmaßlichen Attentäter stünde im Verdacht, in den Sprengstoffanschlag auf das OSZE-Fahrzeug vom 23. April verwickelt zu sein, sagte Passetschnik. Bei dem Anschlag in der Ortschaft Prischib unweit von Slawjanoserbsk waren ein Beobachter getötet und zwei weitere verletzt worden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31209/13/312091310.jpg>

de.sputniknews.com: Der russische Präsident Wladimir Putin hat nach seinem Gespräch mit dem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping im Kreml die Beilegung der Korea-Krise als gemeinsame außenpolitische Priorität von Moskau und Peking bezeichnet.

„Die umfassende Lösung der Probleme der Korea-Halbinsel, um dauerhaften Frieden und Stabilität in Nordost-Asien zu gewährleisten, gehört zu unseren gemeinsamen Prioritäten“, sagte Putin.

Nordkorea hat am Dienstag trotz internationaler Warnungen eine ballistische Rakete getestet. Nach Angaben aus Pjöngjang handelte es sich um die erste Interkontinentalrakete aus nordkoreanischer Produktion.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Situation an der Kontaktlinie hat sich nicht wesentlich geändert.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo**, **Kalinowka** und **Frunse**. Die ukrainischen Streitkräfte haben dabei 82mm-Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden 13 Mörsergeschosse und andere Granaten auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Wir gehen nicht auf die Provokationen der ukrainischen Streitkräfte ein und halten das „Regime der Ruhe“ strikt ein.

Der Waffenstillstand wird zweifellos nicht eingehalten, aber die Häufigkeit von Provokationen und Beschuss von ukrainischer Seite hat sich wesentlich verringert, was uns die Grundlage gibt anzunehmen, dass Gegner dennoch beginnt seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Einheiten der Volksmiliz tun ununterbrochen Dienst, es werden Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt.

In der letzten Wochen haben Kontrollübungen zur militärmedizinischen und topographischen Ausbildung sowie zur Arbeit mit den dienstlichen Kommunikationsmitteln stattgefunden.

Unsere Aufklärung entdeckt weiter neue Fälle nicht kampfbedingter Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone. So hat sich in einer Einheit der 93. Brigade im Gebiet von Sewerodonezk der Soldat Maxim Anatoljewitsch Finogin selbst ins Bein geschossen, um zu verhindern, dass er an die Front geschickt wird.

Das Brigadekommando verheimlicht den Fall vor der übergeordneten Leitung.

Ukrinform.ua: Verteidigungsministerium schätzt Schaden durch Zerstörungen im Donbass auf \$ 50 Mrd.

Der Gesamtschaden durch die Zerstörung von Infrastrukturobjekten im Donbass durch die Aggression der Russischen Föderation liegt bei etwa 50 Milliarden US-Dollar, erklärte der erste stellvertretende Verteidigungsminister der Ukraine, Iwan Rusnak, berichtet bbc.com.

„In der Ostukraine sind Objekte der Energie-, Verkehrs-, Sozial- und anderer Infrastruktur zerstört. Menschen bleiben ohne Arbeit. Nach vorläufigen Berechnungen beläuft sich die Gesamtsumme der Direktschaden der Ukraine auf etwa 50 Milliarden Dollar“, sagte Rusnak während des 95. Rose-Roth-Seminars in Kiew.

Er erinnerte ferner daran, dass sich die humanitäre Situation aufgrund der Eskalation des Konflikts im Donbass verschlechtert hat.



https://static.ukrinform.com/photos/2014_09/thumb_files/630_360_1410858959-ivan-rusnak-foto-lbua.gif

de.sputniknews.com: Milliardenverluste der Ukraine im Donbass sind finanzielle Andeutung für Westen.

Die am Dienstag vom ukrainischen Vize-Außenminister Ivan Rusnak verkündeten Verluste wegen des dreijährigen Konflikts im Donbass in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar sind laut dem Experten Alexander Assafov unterbewertet und nötig für den „Lauf mit einer bettelnden Hand“, wie die Webseite „rueconomics.ru“ berichtet.

„Die von Kiew erklärten Zahlen sind geschummelt und in Wirklichkeit sind die wirtschaftlichen Verluste wegen des Bürgerkriegs viel höher. Derzeit ist es sehr schwer, alle Ausgaben, Verluste und den ausgefallenen Gewinn zu berechnen. Dies nimmt mehrere Jahre in Anspruch“, so der Experte.

Die ukrainische Regierung bereite die Welt darauf vor, dass sie es ablehne, ihre Schulden zu tilgen. In den nächsten drei Jahren sollten die Kreditverpflichtungen circa 20 Milliarden US-Dollar betragen, auch wenn dabei die vor Londoner Gerichten verhandelte souveräne Schuld ausgeschlossen werde (Kiew hatte sich zuvor geweigert, die Schulden bei Moskau zu begleichen).

Derzeit bereite Kiew den Boden für einen „Lauf mit einer bettelnden Hand“ vor.

„Wir haben kein Geld, um die Schulden zu tilgen und die durch den Krieg zerstörte Infrastruktur wiederaufzubauen“, sagte Assafov.

„Laut Einschätzungen westlicher Experten übersteigen die Verluste der Ukraine wegen der Kampfhandlungen, der Blockade ihres eigenen Territoriums und des Bruchs der Beziehungen mit Russland mehr als 150 Milliarden US-Dollar. Bisher appelliert Kiew nur an den Krieg und ‚fährt die Rhetorik ein‘, um sie später dem Westen vorzustellen und um das Geld für den Wiederaufbau der Infrastruktur zu bitten. Kiew hat keinen anderen Ausweg: Um die alten Schulden zu tilgen, muss es erneut Geld leihen“, so der Politologe weiter.

In den letzten Jahren bekomme die Ukraine aktiv Geld vom Internationalen Währungsfonds. Zuletzt hatte der IWF im September 2016 und im April 2017 einen Kredit von jeweils über eine Milliarde Dollar für Kiew freigegeben. In zwei vorangegangenen Tranchen hatte die Ukraine bereits rund 5,4 Milliarden US-Dollar vom IWF aus einem 2015 eröffneten Programm (Extended Fund Facility — EFF) bekommen, das insgesamt 17,5 Milliarden US-Dollar umfasst.

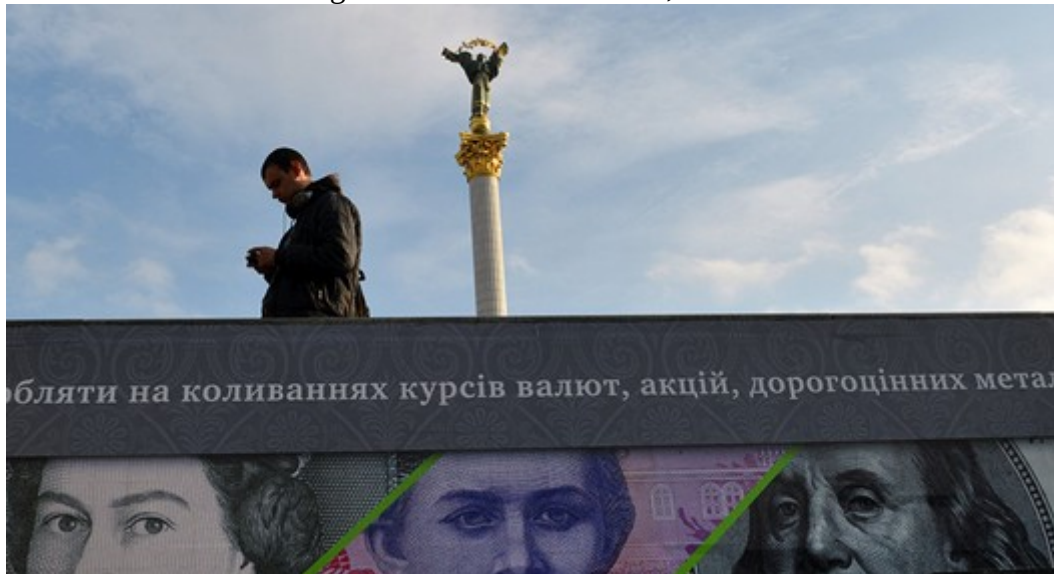
Aber der Bruch der Kooperationsverbindungen zu Russland und den Ländern der Eurasischen Wirtschaftsunion habe tatsächlich zum Totalverlust aller hochtechnologischen Sektoren der ukrainischen Industrie geführt. Der ukrainische Desintegrationskurs gegenüber der EAWU

habe zum Verlust des Flugzeug-, Maschinen- und Schiffbaus sowie des Raketenbereichs geführt. Wegen des Verlustes des russischen Marktes habe die Ukraine jährlich Dutzende Milliarden US-Dollar verloren. „Und das IWF-Geld rettet die Ukraine nicht vor den Konsequenzen der Landespolitik der letzten Jahre“, fügte der Experte hinzu.

Das alles ähnele dem Baltikum-Szenario: „Der Staat wird seine Industrie verlieren und die meisten Bürger werden das Land verlassen. Die übrigen Bürger werden im Agrarsektor tätig sein. Der Staat wird so zu einem Rohstoffanhängsel der EU.“

Der ukrainische Ex-Präsident Leonid Kutschma habe zuvor gesagt, dass die Ukraine der EU nichts außer Weizen und Honig verkaufe, deren Quote sehr niedrig sei. Alles führe dazu, dass das Land bald gezwungen sein werde, die kostbarsten Aktiva - den Wald und seine Territorien - zu verkaufen.

Im Weiteren könne die Ukraine ein anderes Szenario erwarten, welches der Situation im Sudan ähnelt. Dort herrsche seit vielen Jahren Krieg, das Land sei sehr arm und vom Hunger bedroht. Die meisten Bürger seien im Agrarsektor tätig und bauen das Essen an. Dieses Essen gehöre aber nicht ihnen, weil China diese Böden pachte. „Es ist tatsächlich unmöglich, aus einer solchen Wirtschaftsgrube heraus zu kommen“, so Assafov abschließend.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30794/30/307943005.jpg>

ukrinform.ua: „Waffenruhe“ in Ostukraine: Zwei ukrainische Soldaten getötet, drei verletzt. In den letzten 24 Stunden wurden durch Kämpfe im Osten der Ukraine zwei ukrainische Soldaten getötet, teilte heute auf dem Briefing in Kiew der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für ATO, Oberst Andrij Lysenko, mit. „Während des letzten Tages sind bei aktiven Kämpfen leider zwei ukrainische Soldaten getötet worden. Dies geschah im Raum des Switlodarsker Bogens und des Dorfes Majorske. Weitere drei Soldaten wurden durch feindlichen Beschuss verletzt. Wir sprechen das Beileid an die Familienangehörigen der gefallenen Soldaten aus“, sagte er.

de.sputniknews.com: Kiews Ex-Verteidigungsminister: Ukrainer sollten Terroranschläge in Russland verüben.

Der ukrainische Politiker und ehemalige Verteidigungsminister der Ukraine Anatoli Grizenko hat Kiew dazu aufgerufen, Terroranschläge in Russland zu verüben – als Reaktion auf Terroranschläge in der Ukraine.

Innerhalb einiger Wochen wurden in den von Kiew kontrollierten Donbass-Territorien mehrere Anschläge verübt, bei denen zwei hochrangige Geheimdienst-Offiziere ums Leben gekommen sind. Ende Juni explodierte zudem ein Sprengsatz im Auto eines weiteren Geheimdienstlers in Kiew – der Mann kam dabei ums Leben.

Diese, wie auch andere Anschläge, bei denen neben Geheimdienstlern auch Kiew-kritische sowie auch Kiew-treue Journalisten zum Ziel geworden sind, werden stets Russland in die Schuhe geschoben – in jedem der Fälle sei nämlich eine „russische Spur“ zu erkennen, wird jedes Mal behauptet. Beweise oder Belege bleiben aus, kein einziger Täter konnte bislang gefasst werden.

Nach dem Mord an Pawel Scheremet, einem bekannten Journalisten, sowie dem ehemaligen russischen Duma-Abgeordnete Denis Woronenkow sind im Nachhinein Aufnahmen und Zeugenaussagen zum Vorschein gekommen, die den Gedanken nahebringen, dass es sich hierbei wohl doch um keine politisch motivierten Anschläge handelte. Doch Kiew schweigt, in einigen der Fälle schon jahrelang.

Redefreudiger zeigen sich hierbei aber seine Politiker. So sollte Kiew laut dem Ex-Verteidigungsminister der Ukraine Anatoli Grizenko diese Anschläge mit gleicher Münze heimzahlen: „Wenn es sich tatsächlich um einen Krieg und nicht um Spielchen des Präsidenten (Petro Poroschenko, Anm. d. Red.) handelt, sollten für jedes Auto, das in Kiew oder Mariupol in die Luft fliegt, je zwei in Taganrog und Moskau hochgehen müssen“, sagte er am Montag im ukrainischen Staatsfernsehen.

[Ukrinform.ua: 70 russische Künstler dürfen seit Jahresanfang nicht mehr in Ukraine einreisen. Die Einreise in die Ukraine sei seit Anfang dieses Jahres für 70 russische Künstler, die die vorübergehend besetzten Gebiete besucht haben, verboten, teilte der Assistent des Vorsitzenden des Staatsgrenzdienstes der Ukraine, Oleh Slobodjan, mit. Das Einreiseverbot gilt ihm zufolge für einen Zeitraum von drei Jahren und der Grund sei der illegale Besuch auf der vorübergehend besetzten Krim. Er erinnerte auch daran, dass gestern die Einreise in die Ukraine für 7 Mitglieder der Band Anacondaz verboten wurde.](#)

[de.sputniknews.com: Polen fordert von USA Auslieferung von ukrainischem Nazi-Verbrecher. Die polnische Staatsanwaltschaft hat von den USA die Auslieferung des US-Bürgers ukrainischer Abstammung Michael Karkoc gefordert, der im Verdacht des Massenmordes an Polen während des Zweiten Weltkrieges steht.](#)

Laut dem polnischen Institut für Nationales Gedenken (IPN) hatte Karkoc Während des Krieges in der sogenannten Ukrainischen Legion und anschließend bei der Waffen-SS gedient und sich am Mord an mindestens 44 Polen beteiligt. Dies soll aus der Analyse von Kriegsdokumenten, Zeugnissen von anderen Legion-Mitgliedern sowie Erinnerungen des Verdächtigen hervorgehen.

Laut den polnischen Behörden werden dem Verdächtigten Karkoc „Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die gleichzeitig die Kriegsverbrechen sind“, vorgeworfen.

Zuvor war eine ähnliche Untersuchung gegen Michael Karkoc auch in Deutschland eingeleitet worden, doch sie wurde auf Grund des schlechten Gesundheitszustandes des Verdächtigten verschoben.

[de.sputniknews.com: Sputnik schließt Verträge mit Xinhua und GRT.](#)

Die Agentur Sputnik und die chinesische Agentur Xinhua haben am Dienstag ihre strategische Partnerschaft besiegelt. Am selben Tag haben die russische Agentur und der chinesische Funk- und Fernsehsender GRT aus Guangdong eine Zusammenarbeit vereinbart.

Die entsprechenden Verträge sind beim 3. Medienforum Russlands und Chinas unterzeichnet worden. Im Rahmen dieses Forums ist geplant, fast zwei Dutzend bilaterale Verträge zwischen den Medienanstalten beider Länder zu unterzeichnen.

Die Agentur „Sputnik“ wurde vom Generaldirektor der Internationalen Nachrichtenagentur „Rossija Segodnja“, Dmitri Kisseljow, vertreten. Auf chinesischer Seite nahm der stellvertretende Chefredakteur der Agentur „Xinhua“, Zhou Zongmin, an der Unterzeichnung

teil, sowie der stellvertretende Chefredakteur des GRT, Shi Yanfeng.

Die strategische Vereinbarung zwischen Sputnik und Xinhua sieht vor, die Zusammenarbeit beim Austausch von Nachrichteninhalten bei der Berichterstattung über Ereignisse in Russland und China auszuweiten, ebenso wie den Austausch internationaler Nachrichten auf allen Sprachplattformen der Agenturen. Zudem ist vorgesehen, Analysen auszutauschen und gemeinsame Veranstaltungen und Lehrgänge für Journalisten zu organisieren.

Mit dem Funk- und Fernsehsender GRT ist ein Rahmenvertrag geschlossen worden: Die beiden Seiten haben vereinbart, Eilinformationen über Ereignisse in ihren Ländern und der Welt auszutauschen und die Möglichkeit der Organisation gemeinsamer Veranstaltungen im Format von Foren, Seminaren, Contests und Runden Tischen zu prüfen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31644/50/316445012.jpg>

Abends:

Lug-info.com: Kiew hat im Vorfeld des für morgen geplanten Treffens der Kontaktgruppe Informationsangriffe auf die LVR begonnen. Dies berichtete heute der Leiter der Koordination der Volksmiliz Michail Filiponenko.

„Die ukrainischen Truppen haben, da sie keinen Erfolg an der militärischen Front haben und die Minsker Vereinbarungen ständig verletzen, beschlossen, eine Reihe von Angriffen an der Informationsfront durchzuführen. Angesichts des Fehlens von Erfolgen, hat das ukrainische Kommando beschlossen, sich welche auszudenken“, sagte er.

„Schon zuvor haben wir über den brutalen Angriff ukrainischer Soldaten am 24. Juni auf eine Gruppe des rückwärtigen Dienstes der Volksmiliz berichtet. Entgegen allen Vereinbarungen ist eine Gruppe ukrainischer Soldaten am Tag der Ausrufung des „Brotwaffenstillstands“ unter Verletzung der Minsker Vereinbarungen auf das Territorium der LVR gekommen und hat sechs Soldaten der Republik gefangen genommen. Ich erinnere daran, dass zwei von ihnen mit besonderer Brutalität ermordet und zuvor gefoltert wurden. Mit diesen Handlungen hat die ukrainische Seite die Punkte 1, 2 und 3 des Minsker Memorandums vom 19. September 2014 und die Genfer Konvention zum Umgang mit Kriegsgefangenen verletzt“, unterstrich Filiponenko.

„Jetzt fälschen ukrainische Spezialdienste Dokumente der gefangenen Soldaten der Volksmiliz und geben sie als reguläre russische Soldaten aus. Ein solches Pseudoargument der ukrainischen Regierung ist auf die Rechtfertigung der militärischen Operation im Donbass gerichtet, wo Kiew in der Rolle eines „Verteidigers der europäischen Zivilisation“ gegen den sogenannten weltweiten Aggressor in Gestalt von Russland auftritt“, berichtete der Vertreter des Kommandos der Volksmiliz.

„Auf diese Weise fälscht die ukrainische Seite weiterhin Beweise einer angeblichen Anwesenheit russischer Soldaten im Donbass und für Verletzungen der Minsker

Vereinbarungen von Seiten der LVR. Es ist notwendig anzumerken, dass dies seit Beginn des Konflikts stattfindet, normalerweise im Vorfeld von wichtigen internationalen Treffen, in diesem Fall vor dem Treffen der Kontaktgruppe in Minsk am 5. Juli“, erklärte Filiponenko.